

Strobel, Georg W.

Ukrainer und Lemken als Problem der nationalen Strukturwandlung und
Umschichtung in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg

[Köln] 1965

4 Z 68.247,II-26/32#28

urn:nbn:de:bvb:12-bsb00073974-5

Die PDF-Datei kann elektronisch durchsucht werden.

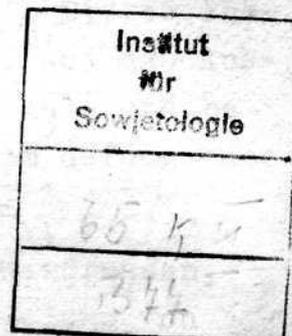
B E R I C H T E
des
BUNDESINSTITUTS ZUR ERFORSCHUNG DES MARXISMUS-LENINISMUS
(INSTITUT FÜR SOWJETOLOGIE)

Reihe II: Innere Struktur des Ostblocks
2. Gesellschaft

Nr. 28

Ukrainer und Lemken als Problem der nation-
alen Strukturwandlung und Umschichtung in
Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg

von Georg W. Strobel



INHALT

	Seite
I. Zahlenmäßiger Bestand der Ukrainer	2
II. Gründe und Verlauf der regionalen Umschichtung der Ukrainer	4
1. Aktion "W"	4
2. Das neue Siedlungsgebiet	8
III. Polnische Nationalitätenpolitik gegenüber den Ukrainern als nationaler Umschichtungsfaktor in Ostmitteleuropa	15
1. Ukrainisches National- und Heimatbewußtsein im politischen Spannungsfeld	15
2. Polonisierungsbemühungen und ihre Hilfsmittel	18
a) Institutionelle Hilfsmittel	19
b) Kulturelle Hilfsmittel	20
c) Das Schulwesen für die Minderheiten	22
d) Soziale Integration und sozialer Aufstieg	24
IV. Ergebnis	25

I. Zahlenmäßiger Bestand der Ukrainer

Eine der bemerkenswertesten Erscheinungen in der Nachkriegsgeschichte der unter polnische Verwaltung gekommenen ostdeutschen Gebiete ist das Auftauchen verschiedener nichtpolnischer Nationalitäten, die hier vor Kriegsende unbekannt waren¹. Dieses Phänomen ist gleichzeitig von Interesse für den Ablauf und das Ausmaß der nationalen Umschichtungen, welche die nationale und bevölkerungsgeographische Struktur Ostmitteleuropas im Gefolge des Kommunismus wandelten.

Ogleich heute im Oder-Neiße-Gebiet auch Litauer, Weißrussen, Griechen und Tataren ansässig sind, fällt die Ansiedlung von Ukrainern am meisten auf. Sie bilden inzwischen die zweitgrößte nationale Minderheit in den ostdeutschen Gebieten.

Die Bezeichnung "Ukrainer" kann zu Mißverständnissen führen. Wenn im folgenden von Ukrainern gesprochen wird, dann muß man sich darüber im Klaren sein, daß man die ethnischen Probleme möglicherweise zu wenig differenziert, denn an sich wäre zwischen Ukrainern und Lemken zu unterscheiden. Auch die polnischen Zahlenangaben beziehen sich auf eine komplexe Gruppe von "Ukrainern", so daß sich wegen der Schwierigkeit, die zahlenmäßigen Anteile von Ukrainern und Lemken auszumachen, eine Vereinfachung allein aus statistischen Gründen empfiehlt. Immerhin bilden die Lemken eine in engem Zusammenhang mit den Ukrainern zu betrachtende ethnische Gruppe².

¹ Andrzej KWILECKI, Liczebność i rozmieszczenie grup mniejszości narodowych na Ziemiach Zachodnich, in: Przegląd zachodni, Posen 1964, Nr. 4, S. 378 ff. (zit. Kwilecki I) worden.

² R. REINFUSS, Lemkowie jako grupa etnograficzna, in: Prace i materiały etnograficzne, Lublin 1948, Bd. VII, S. 84 - 102. Das Enzyklopädische Wörterbuch (Brokgauz' - Efron') von 1896 schreibt über die Lemken: "Kleinrussische Bevölkerung der Karpaten zwischen den Quellen der Flüsse Ropa und San, Bevölkerungszahl 109 000 Menschen, griechisch-katholische, teilweise unierte Kirche. Sie selbst nennen sich einfach Rusinen oder Rusnjaken. Die Sprache der Lemken unterscheidet sich erheblich von den Sprachen anderer Karpatorussen besonders dadurch, daß in sie viele polnische und slowenische (slowakische) Worte mitfließen ...".

Wie bei allen Nationalitäten schwanken auch für die Ukrainer die polnischen Angaben. Der Sekretär der Kommission für Minderheitenfragen beim ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiter-Partei (PZPR), Aleksander Sław, spricht von 200.000 in Polen lebenden Ukrainern³. Kwilecki behauptet wiederum, daß die von Sław angegebenen Zahlen überhöht seien. Er schätzt die Zahl der Ukrainer in Polen auf 180.000 Menschen⁴. Dabei führt er an, daß man bei den Schätzungen allein auf Angaben der Polizei angewiesen sei, da in Polen weder eine Nationalitäten- noch eine Muttersprachenstatistik geführt werde. Seine Angaben übernahm die von der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der PZPR herausgegebenen Zeitschrift "Zagadnienia i materiały" (Nr. 1/1964).

Der Verwendung von polizeilichen Angaben wird man wegen der Eigenart ihrer Entstehung mit Vorbehalten begegnen müssen. Sie entspringen meist dem bloßen Unvermögen oder einer aus nationalen Beweggründen mangelnden Bereitschaft der Polizeibehörden, richtige Zahlen anzugeben. Auch machen die polizeilich befragten Familien häufig wegen möglicher Repressalien unzutreffende Angaben. Immerhin war es Kwilecki möglich, die Unzuverlässigkeit und Problematik polizeilicher Angaben nachzuweisen.

In einem ostdeutschen Dorf stellte man polizeilich drei ukrainische Familien fest. Die Polizeikreisbehörde erklärte im Gegensatz zur Polizeiortsbehörde, in dem betreffenden Dorf lebten 15 ukrainische Familien. An Ort und Stelle durchgeführte Kontrollbefragungen ergaben die mangelnde Zuverlässigkeit beider Quellen. In diesem Dorfe sind 12 ostpolnische Repatriantenfamilien gleichen Namens wie die zahlenmäßig richtig festgestellten ukrainischen Familien der ukrainischen Minderheit hinzugezählt worden. Drei dieser 12 Familien gründen sich auf nationale Mischehen. Damit waren drei der Ehegatten als Ukrainer einzustufen. Bei der polizeilichen Befragung hielten sie ihre nationale Zugehörigkeit aus persönlichen Gründen verborgen⁵.

³ Aleksander SŁAW. O rozwinięcie walki z przejawami nacjonalizmu, in: Nowe drogi, Warschau 1958, Jg. XII, H. 5, S. 29

⁴ Andrzej KWILECKI. Mniejszości narodowe w Polsce Ludowej, in: Kultura i społeczeństwo, Warschau 1963, H. 4, S. 87. (Zit. KWILECKI II). Zu einem späteren Zeitpunkt nähert er sich den Angaben SŁAWS und spricht von rd. 195.000 Ukrainern. Vgl. KWILECKI I, S. 379

⁵ ibid., S. 88. Fußnote 15

Verschiedene Kontrolluntersuchungen ließen den Schluß zu, daß die Kreispolizeibehörden aus vermutlich ebenfalls nationalistischen Erwägungen das Vorhandensein einer ukrainischen Minderheit in ihrem Verwaltungsbereich häufig leugnen oder wesentlich geringere Bestandszahlen angeben, als in Wirklichkeit anzugeben wären.

Angesichts solcher Feststellungsschwierigkeiten werden extreme Angaben verständlicher. Das Zentralorgan der Vereinigten Bauernpartei (ZSL) behauptet sogar, ohne sich allerdings über seine Schätzmethode auszulassen, daß die ukrainische Minderheit in Polen 500.000 Menschen zähle⁶. Offensichtlich ist diese Angabe weit überhöht. Eher ist den Angaben von Sław und Kwilecki zu folgen. Die Differenz der Zahlenangaben von 10 v.H. scheint angesichts der Erfassungsschwierigkeiten durchaus vertretbar. Die Annahme, daß 190.000 Ukrainer in Polen leben, dürfte daher im wesentlichen zutreffen. Es ist der Mittelwert aus den Angaben Sławs und Kwileckis.

In diesem Zusammenhang ergibt sich die Frage, wieviele Ukrainer gegenwärtig in den Oder-Neiße-Gebieten leben. Verallgemeinernd wird angegeben, daß 2/3 dieser Volksgruppe in den ostdeutschen Gebieten ansässig sind. Legt man die Zahl von 190.000 in Polen lebender Ukrainer zugrunde, so ergibt sich die Zahl von 126.000 Ukrainern. Sie wird bestätigt durch Angaben über ihre regionale Verteilung in Polen. Aus ihnen ist eine Zahl von 127.000 in den Oder-Neiße-Gebieten ansässigen Ukrainern zu errechnen. Kwilecki beziffert ihre Zahl auf 130.000 Menschen; unter ihnen sollen sich über 30.000 Lemken befinden⁷.

II. Gründe und Verlauf der regionalen Umschichtung der Ukrainer

1. Aktion "W"

Die Feststellung von 127.000 - 130.000 in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden Ukrainern wirft die Frage nach den Motiven ihrer Ansiedlung gerade in diesem Gebiet auf, das von ihrem in Südostpolen gelegenen Heimatgebiet Hunderte von Kilometern entfernt ist. Damit verbunden ist die weitere Frage, auf welche Weise und zu welchem

⁶Zielony Sztandar, Warschau, Nr. 67 vom 22. August 1962.

⁷KWILECKI I. S. 379.

Zweck die räumliche Umschichtung einer ganzen Nationalitäten-
gruppe nach dem Zweiten Weltkrieg vorgenommen worden ist, durch
die man die nationale Streuung in Ostmitteleuropa noch mehr ver-
ändert hat. Die Beantwortung dieser Frage macht die Darstellung
eines Teils des antikommunistischen Kampfes in Ostmitteleuropa
notwendig.

Bei ihrem Vorrücken nach dem Westen besetzten polnische und
sowjetische Truppen bereits 1944 Teile Polens und damit das
Siedlungsgebiet der Ukrainer und Lemken. Nationale polnische
und ukrainische Widerstandsgruppen blieben im Untergrund und
traten in offenem Gegensatz zu der neuen Staatsordnung. Trotz
tiefgehender nationaler Gegensätze verbanden sich polnische
Verbände mit ukrainischen Nationalisten der UPA⁸. Zu diesem
Zwecke bildeten sie im Dezember 1945 als eigene zentrale Orga-
nisation das "Polnische Komitee der Untergrundorganisationen"
(PKOP). Zu ihnen stießen slowakische Antikommunisten. Sie alle
zusammen gründeten im Karpatengebiet mit einer "Partisanenrepub-
lik" einen Staat im polnischen Staate. Die einheimische Bevöl-
kerung gewährte ihnen Rückhalt. Erst diese Unterstützung ermög-
lichte den Widerstandskämpfern, einen für die polnischen, tsche-
choslowakischen und sowjetischen Verbände verlustreichen Klein-
krieg zu führen, dessen Bedeutung immerhin so hoch eingeschätzt
wurde, daß er später zu einem^{der} ideologischen Kriterien für die
"sozialistische Kampfgemeinschaft" erhoben wurde⁹.

In dieser Situation schien eine Liquidierung der antikommunisti-
schen Kräfte erst nach der Vernichtung ihrer Versorgungs- und
Hilfsstützpunkte in der Bevölkerung möglich zu sein. Internie-
rungen Einzelner brachten kaum Erfolg, so daß man sich zu einer
radikalen Aussiedlung der nichtpolnischen Bevölkerung aus dem

⁸PETRO MIRČUK, Ukrain'ska Powstan'čá Armia, München 1953,
WIEŚŁAW SZOTA, Zarys Rozwoju Ukrain'skich Nacjonalistow z UPA,
in: Wojskowy Przegląd Historyczny, Warschau 1963, Jg. VIII,
H. 1 (27), S. 163 - 218.

⁹Die "sozialistische Kampfgemeinschaft" war die Periode der
nicht-institutionalisierten militärischen Zusammenarbeit der
Ostblockländer im Rahmen der bilateralen Bündnisverträge.
Sie ging dem Warschauer Vertrag voraus.

(G.W.STROBEL) Hintergründe des Warschauer Pakts. Letzte Stufe
eines längeren Integrationsprozesses im Ostblock, in: Bulletin
des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Bonn,
- Fortsetzung siehe Seite 6 -

Partisanengebiet entschloß. Man startete daher die "Aktion Freiheit" (Akcja W = Akcja Wolność), die heute zurückhaltender "Aktion Weichsel" genannt wird (Akcja W = Akcja Wisła). Rund 120.000 - 150.000 Menschen mußten in ihrem Verlauf ihre Wohnorte verlassen¹⁰. Daneben wurden beträchtliche Menschengruppen nach der Sowjetunion umgesiedelt. In den Jahren 1945 - 1946 waren bereits über 3/4 der im polnischen Staatsgebiet lebenden ukrainischen Bevölkerung umgesiedelt worden, insgesamt rund 480 000 Menschen¹¹.

⁹(Fortsetzung von S. 5) Nr. 177 vom 25. 9. 1962; GEORG W. STROBEL, Die Warschau-Pakt-Organisation, in: Zeitschrift für Politik. Organ der Hochschule für Politische Wissenschaften München, Berlin 1962, Jg. 9 (Neue Folge), H. 1 S. 33 f.

¹⁰S. BANASIAK, Działalność osadnicza Państwowego Urzędu Repatriacyjnego na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945 - 1947, Posen 1963, S. 143. Da heute nur noch rd. 130.000 Ukrainer in den Oder-Neiße-Gebieten leben, bedeutet dies bei Verlässlichkeit der Angaben von S. BANASIAK, daß ein Teil dieser Menschen aus den ostdeutschen Gebieten abgewandert ist. Allerdings werden von A. MARYAŃSKI geringere Umsiedlerzahlen genannt: 115.000 bzw. 120.000.

Vgl. A. MARYAŃSKI, Współczesne migracje ludności w podkarpackich powiatach woj. rzeszowskiego, in: Materiały do geografii zasiedlenia Polski i Czechosłowacji, Warschau 1961, S. 24; derselbe, Współczesne migracje ludności w południowej części pogranicza polsko-radzieckiego i ich wpływ na rozmieszczenie sił wytwórczych tego obszaru, Krakau 1963, S. 2. Da mit den Ukrainern auch kleinere Gruppen polnischer Bevölkerung umgesiedelt wurden, können sich die Zahlenunterschiede eventuell hieraus erklären. Vgl. J. ŁUKASIEWICZ, Dziesiąta jesień, in: Nowe sygnały, Krakau 1957, Nr. 8.

¹¹A. MARYAŃSKI, Problemy ponownego zasiedlenia południowo-wschodniego pogranicza Polski, in: Studia demograficzne, Warschau 1964, H. 5, S. 95.

BEREK IEBICKI, Aleksander, in: Życie Warszawy, 1965, 20. bis 26. 4. 1965.

ANDRZEJ MARYAŃSKI, Problemy ..., a.a.O., S. 95.

Derselbe, Osadnictwo pionierskie we wschodniej części ziem odzyskanych w Polsce, in: Czasopismo geograficzne, Krakau 1961, Nr. 2.

Erst diese Zwangsumsiedlung der Bevölkerung schuf die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Vorgehen der unter sowjetischem Oberbefehl kämpfenden sowjetischen, polnischen und tschechoslowakischen Verbände. Noch 1948/1949 verfügten die antikommunistischen Partisanen in den menschenleer gewordenen Bieszczady-Gebieten über Bunkerketten und Verteidigungsstellungen.

1949/1950 wurde ihr Widerstand endgültig gebrochen. Einzelne Gruppen schlugen sich nach Österreich durch. Anfang März 1950 fiel der letzte Kommandeur der mit dem PKOP verbündeten ukrainischen UPA und frühere Befehlshaber der mit der deutschen Wehrmacht kämpfenden ukrainischen Verbände, General Schuchewitsch-Tschuprynka, in seinem Hauptquartier unweit Lemberg.¹² Der offene Freiheitskampf der Ukrainer war damit zu Ende gegangen.

Bei den Umsiedlungsaktionen wurden von den Polen 100 Dörfer mit rd. 2.000 Wirtschaften zerstört¹³. Bis 1957, als die ersten Siedlergruppen wieder ins frühere Lemken-Gebiet kamen, verwilderte und versteppte es. Eine Besiedlung der menschenleeren Gebiete fand kaum statt. Auf einer Fläche von über 1500 qkm, die vor 1939 von nahezu 60.000 Menschen besiedelt war und nunmehr das Herzstück des Bieszczady-Gebietes bildete, lebten bis 1957 keine Menschen¹⁴. In den anderen, verkehrsgünstiger gelegenen und früher durch Polen mitbewohnten Gebieten lebte höchstens 1/3 der Vorkriegsbevölkerung. Noch heute sind weite Teile dieser Landstriche unerschlossen und menschenleer. Bären, Luchse und besonders Wölfe vermehrten sich hier so sehr, daß Wolfsrudel noch 1961 bis in die Oppelner Gegend zogen¹⁵. Der Wald,

¹² GEORG W. STROBEL, Widerstandsbewegungen gegen den Kommunismus, in: Staatslexikon. Recht Wirtschaft Gesellschaft, Freiburg 1964, S. 668 ff. (Stichwort: Widerstandsbewegungen).

¹³ ROMAN IZBICKI, Bieszczady, in: Życie Warszawy, Nr. 95 vom 19. bis 20. 4. 1964.

¹⁴ ANDRZEJ MARYAŃSKI, Problemy ..., a.a.O., S. 97.

¹⁵ Derselbe, Osadnictwo pionierskie we wschodniej części Bieszczadów Polskich, in: Czasopismo geograficzne, Warszawa 1961, Nr. 2.

und dabei insbesondere die Grauerle, nahm die früheren Äcker in Besitz; heute wird mühselig erneut gerodet ¹⁶.

Neuerdings erwägt man den Gedanken von Wehrsiedlungen im Bieszczady-Gebiet. Die bisherige, mehr auf Schnelligkeit als auf Qualität der Besiedlung abzielende Ansiedlungsaktion bewährte sich wegen der großen Menge von Abenteurern unter den Siedlern nicht.

Heute tritt die ukrainische Minderheit mit Ausnahme der beiden zu ihrem erweiterten Siedlungsgebiet gehörenden Wojewodschaften Lublin und Rzeszów, in denen mit 63.000 Ukrainern noch ein Drittel aller Ukrainer in Polen leben, nur in den ostdeutschen Gebieten auf.

Regionale Verteilung der ukrainischen Minderheit
in den Oder-Neiße-Gebieten
im Jahre 1963

Wojewodschaft	Minderheitenbestand	v.H.-Anteil	
		Gesamtbevölkerung	Landbevölkerung
Allenstein	51 000	5,6	8,8
Köslin	29 000	4,1	7,5
Breslau-Land	16 000	0,9	1,8
Stettin	11 000	1,4	3,7
Grünberg	9 000	1,1	2,2
Danzig	4 800	0,4	1,1
Bialystok a)	5 000	4,6	7,2
Posen b)	1 000	2,9	4,8
Oppeln	1 500	0,2	0,3

a) Nur in den ostdeutschen Teilen der Wojewodschaft Bialystok, also in den Kreisen Lyck, Goldap und Treuburg

b) Nur in dem ostdeutschen Kreis Schönlanke der Wojewodschaft Posen

Quelle: Errechnet nach KWILECKI II, S. 88 ff. und Rocznik statystyczny 1963, Warschau 1963, S. 15 - 21.

2. Das neue Siedlungsgebiet

Die Lemken und Ukrainer wurden nach ihrer Umsiedlung im Oder-Neiße-Gebiet nicht wahllos verteilt, sondern zweckbewußt in jene Gebietsteile verpflanzt, die kaum eine autochthone Bevölkerung

¹⁶Przegląd kulturalny, Warschau, Nr. 40 vom 4. 10. 1962.

behalten hatten und aus verschiedenen Gründen von den Polen zögernd besiedelt wurden, also vor allem in die nördlichen Teile der polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete. Hierher, also in die Wojewodschaften Allenstein, Bialystok, Danzig, Köslin und Stettin, wurden 80 v.H. der Umgesiedelten gebracht, während die restlichen 20 v.H. in den Wojewodschaften Breslau, Grünberg, Oppeln und Posen untergebracht wurden¹⁷. Dabei versuchte man eine Nationalitätenscheidung innerhalb der umgesiedelten Gruppen zu erreichen. Die Ukrainer kamen vorwiegend in die nördlichen Teile der Oder-Neiße-Gebiete, die Lemken hingegen in die westlichen Wojewodschaften¹⁸.

Der Zeitpunkt und die näheren Umstände der zwangsweisen Verpflanzung der Ukrainer hatten bestimmte soziale und wirtschaftliche Auswirkungen.

Besonders in den unterbesiedelten nördlichen Landstrichen konnten die Ukrainer freie Landwirtschaften übernehmen, die größer und weitaus reicher als ihre zurückgelassenen Anwesen waren. In diesen Gebieten bedeutete die Umsiedlung zweifellos einen sozialen Aufstieg. In den westlichen Gebieten, in denen vor allem die Lemken Fuß fassen sollten, wurden die Umsiedler entweder in Staatsgütern angesiedelt oder sie mußten, da in der ersten Siedlungswelle die besten Anwesen schon vergriffen waren, auf qualitativ schlechteren Boden, teilzerstörte Gehöfte oder auf parzellierte Landteile ohne eigene Wirtschaftsbebauung ausweichen¹⁹. Daraus ergab sich zwar meist noch ein sozialer Aufstieg gegenüber dem früheren Status, gleichzeitig aber eine materielle Schlechterstellung gegenüber den schon ansässigen Menschen, so daß in der sozialen Prestigeskala dieser Umstand zusammen mit der nationalen Abstammung zu einer Schlechterstellung der Lemken im sozialen Leben führte. Eingewöhnung und die polnischerseits angestrebte Assimilation mußten dadurch erschwert werden.

¹⁷ KWILECKI I, S. 379.

¹⁸ dortselbst, S. 381.

¹⁹ ANDRZEJ KWILECKI, temkowie na Ziemi Lubuskiej. Konfrontacje socjologiczne, in: Nadodrze, Grünberg 1964, H. 8.

In Hinterpommern, West- und Ostpreußen leben auch heute mit 105.500 Personen mehr als 80 v.H. aller in den ostdeutschen Gebieten angesiedelten Ukrainer, die hier im Durchschnitt 3,4 v.H. der Gesamt- und 5,7 v.H. der Landbevölkerung ausmachen. Schwerpunkt der Ansiedlung wurde aber das südliche Ostpreußen. In der Wojewodschaft Allenstein wohnen mehr als 1/4 der gesamten ukrainischen Minorität, vor allem in den nördlichen grenznahen Kreisen. Sie machen 5,6 v.H. der Gesamt- und 8,8 v.H. der Landbevölkerung der Wojewodschaft aus; ihre Zahl wird mit 51.000 Personen beziffert. Selbst in jenen kernpolnischen Wojewodschaften, denen bei der administrativen Neuabgrenzung ostdeutsches Gebiet einverleibt wurde, erscheinen die Ukrainer allein in den ostdeutschen Teilen.

Diesen Menschen ist, obgleich ihre antikommunistische Haltung große Not und Bedrängnis über sie brachte, im Rahmen der polnischen Besitzergreifungs- und Besitzsicherungspolitik nach 1945 eine wichtige staatspolitische Aufgabe zugeordnet worden: sie sollten, obgleich an anderer Stelle Staatsfeinde, an der nationalen Aufgabe der "Entdeutschung" der Oder-Neiße-Gebiete, wie Gomulka es 1945 genannt hat, mitwirken. Dort Staatsfeinde, wertete man sie hier zu Trägern des polnischen nationalen Staatsgedankens auf. So wurde polnische chauvinistische Politik selbst mit Hilfe politisch unzuverlässiger und aus diesem Grunde vertriebener nationaler Minderheiten gemacht, deren nationaler Bestand durch diese Maßnahme zudem noch angegriffen wurde. Die Zwangsumsiedlung der Ukrainer mag daher als Beispiel für die Mehrschichtigkeit politischer Maßnahmen gelten.

Die Regionalanalyse bestätigt die polnische Absicht, durch eine übermäßige Zersplitterung nicht nur die Ukrainer politisch zu isolieren, sondern auch in ihrem Bestand und ihrem Volkstum anzugreifen. Eine räumliche Zersplitterung mußte den nationalen Zusammenhalt beeinträchtigen und ihre Assimilierung und Polonisierung erleichtern.

Die Ukrainer und Lemken wurden in über 90 ostdeutschen Kreisen angesiedelt. Dabei ergaben sich beträchtliche Schwankungen in der Agglomerationsdichte, abgesehen von dem eigentlichen Schwerpunkt der Ansiedlung, dem südlichen Ostpreußen. In der

Wojewodschaft Köslin leben die Ukrainer in 13 Kreisen, wogegen sie in der Wojewodschaft Grünberg bei einer um zwei Drittel geringeren Gesamtzahl immer noch auf 12 Kreise verteilt sind. Auch in einzelnen Kreisen der ukrainärmeren Wojewodschaften bildeten sich mit der Zeit durch Zuzug Ansiedlungsschwerpunkte heraus. Zwar wurde den Ukrainern verwehrt, in ihr Heimatgebiet zurückzukehren, infolge der starken Migrationen konnte eine partielle Wanderung der Angehörigen bestimmter Nationalitäten in den Oder-Neiße-Gebieten jedoch nicht minutiös überwacht werden. Der Anteil der Ukrainer an der Landbevölkerung betrug 1962 beispielsweise im Kreise Goldap 24,3 v.H., im Kreise Schlochau 15,7 v.H., im Kreise Rummelsburg 13,8 v.H., im Kreise Sprottau 12,2 v.H. und im Kreise Lüben 15,0 v.H., so daß hier von einer relativ dichten ukrainischen Bevölkerung auf dem Lande ausgegangen werden kann, die weit über den durchschnittlichen Sätzen der jeweiligen Wojewodschaften liegt. Da mindestens 95 v.H. der in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden Ukrainer ihren Unterhalt in der Landwirtschaft verdienen, sind zur Bestimmung ihrer Siedlungsdichte weniger die Anteile an der Gesamtbevölkerung als vielmehr jene an der Landbevölkerung zu beachten.

Aber auch seitens der Behörden wurde der Grundsatz einer räumlichen Zersplitterung nicht immer konsequent befolgt. So wurden die Ukrainer in der Wojewodschaft Allenstein mit ihrer ohnehin bereits größten Dichte ursprünglich in nur 15 der 19 Kreise angesiedelt. Dabei bevorzugte man aus siedlungspolitischen Gründen die nördlichen und östlichen Kreise dieser Wojewodschaft, die von den polnischen Siedlern besonders gemieden wurden. Aus diesem Grund kann dort heute noch eine Siedlungsdichte der Ukrainer festgestellt werden, die weit über der durchschnittlichen Siedlungsdichte in der Wojewodschaft liegt; auch die geschilderten Migrationen werden dazu zusätzlich beigetragen haben.

Siedlungsdichte der ukrainischen Minderheit
in einigen Kreisen der Wojewodschaft Allenstein
am 31.12.1962

Kreis	Minderheiten- bestand	v.H.-Anteil	
		Gesamt- bevölkerung	Land- bevölkerung
Woj. Allenstein	51 000	5,6	8,8
davon:			
Braunsberg	7 000	14,7	26,6
Preußisch Holland	6 000	17,8	22,5
Landsberg i.O.	6 000	10,2	16,9
Bartenstein	5 700	11,5	17,9
Angerburg	4 400	15,9	21,5
Rastenburg	3 500	6,4	10,3
Mohrunen	3 500	6,8	12,5
Bischofsburg	2 300	5,2	8,3
Lötzen	3 200	7,5	12,5
Deutsch-Eylau	2 100	3,6	5,9
Heilsberg	2 300	4,9	7,7
Sensburg	600	1,4	2,1
Neidenburg	1 000	3,0	4,0
Osterode	2 000	3,1	4,8
Ortelsburg	780	1,3	1,8
Johannisburg	570	1,3	2,2
Allenstein-Land	300	0,7	0,8
Allenstein-Stadt	150	0,2	-

Quelle: Errechnet nach KWILECKI II, S. 89; Rocznik statystyczny 1963, a.a.O., S. 18; Mniejszosci narodowejskie? ile? gdzie? in: Zagadnienia i materiały. Hrg. Wydział Propagandy i Agitacji KC PZPR, Warschau 1964, H. 1, S. 45 ff.; KWILECKI I, S. 381.

Aus den unterschiedlichen Angaben zur räumlichen Verteilung der Ukrainer im südlichen Ostpreußen werden jene Differenzen und Ungenauigkeiten der polnischen Statistik evident, die in Polen schon verschiedentlich bemängelt worden sind²⁰.

In Anlehnung an die Kreis- und Wojewodschaftsstatistiken behauptet Kwilecki, daß die ukrainische Minderheit im Kreise Landsberg i

²⁰ Die Zuverlässigkeit der polnischen Statistik wurde bis in die jüngste Vergangenheit bemängelt. Die Kritik nimmt die für die Staats- und Wirtschaftsentwicklung lästigen Erscheinungen aufs Korn (vgl. Rada narodowa, Warschau, Nr. 34 vom 20. 8. 1960; Głos koszaliński, Köslin, Nr. 26 vom 30. 1. 1963). Selbst der Vorsitzende der Planungskommission beim Ministerrat Jedrychowski bemängelte die leichtfertige Handhabung der Statistik (vgl. Trybuna ludu, Warschau, Nr. 32 vom 1.2.1962). Ein neues Gesetz über die statistische Berichterstattung soll diesen Mängeln abhelfen.

einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 36 v.H. gehabt habe, was gleichzeitig der höchste Anteil der ukrainischen Bevölkerung am Bevölkerungsbestand einer solchen Verwaltungseinheit in Polen überhaupt gewesen sein soll; Preußisch-Holland und Bartenstein hätten die nächsthöheren Anteilsätze mit rd. 20 v.H. zu verzeichnen gehabt²¹. Nach der amtlichen Zentralstatistik betragen diese Sätze in der gleichen Reihenfolge jedoch 16,9 v.H., 22,5 v.H. und 17,9 v.H., wobei den höchsten Anteil nicht der Kreis Landsberg i.O., sondern der Kreis Braunsberg mit 26,6 v.H. aufzuweisen hat²².

Durch das Zusammenwirken beider Agglomerationsfaktoren lassen sich auch in anderen Wojewodschaften räumliche Schwerpunktbildungen in der Ukrainer-Ansiedlung feststellen. Sie sollen anhand der Wojewodschaft Stettin erläutert werden, weil auch hier eine enorm große Schwankungsbreite zwischen 0,05 v.H. und 9,7 v.H. bei einer durchschnittlichen Siedlungsdichte von 1,4 v.H. bzw. 3,7 v.H. vorliegt.

Siedlungsdichte der ukrainischen Minderheit
in einigen Kreisen der Wojewodschaft Stettin
am 31. 12. 1962

Kreis	Minderheitenbestand	v.H.-Anteil	
		Gesamtbevölkerung	Landbevölkerung
Woj. Stettin	11 000	1,4	3,7
davon:			
Stargard i.P.	3 030	3,9	9,4
Greifenberg	2 500	5,0	9,7
Labes	1 326	4,3	6,9
Naugard	482	1,9	2,9
Gollnow	217	0,7	1,1
Königsberg Nm.	33	0,07	0,1
Arnswalde	640	1,7	2,4
Soldin	232	0,5	0,8
Pyritz	695	1,6	2,1
Stettin-Land	57	0,2	0,4
Stettin-Stadt	140	0,05	-

Quelle: KWILECKI II, S. 89; Rocznik statystyczny 1963, a.a.O., S. 19; Mniejszości narodowe, a.a.O., S. 46; KWILECKI I, S. 381

²¹ KWILECKI II, S. 89.

²² Rocznik statystyczny 1963, a.a.O., S. 18.

In den einzelnen Wojewodschaften sind die Ukrainer folgendermaßen verteilt:

Wojewodschaft Bialystok: Kreis Goldap rd. 4 200 Personen; Kreis Lyck über 300 Personen und Kreis Treuburg 130 Personen.

Wojewodschaft Danzig: Kreis Tregenhof 1 400 Personen; Kreis Elbing 1 200 Personen; Kreis Marienwerder 700 Personen; Kreis Lauenburg 600 Personen; Kreis Stuhm 650 Personen; in Zoppot und Danzig wohnen zusammen ungefähr 200 Ukrainer.

Wojewodschaft Köslin: Kreis Schlochau 4 000 Personen; Kreis Köslin-Land 3 000 Personen; Kreis Rummelsburg 3 200 Personen; Kreis Schlawe 3 000 Personen; Kreis Neustettin 3 300 Personen; Kreis Kolberg 2 900 Personen; Kreis Bütow 2 000 Personen; Kreis Stolp 1 900 Personen; Kreis Dramburg 1 300 Personen; Kreis Deutsch Krone 2 300 Personen; Kreis Schivelbein 650 Personen; Kreis Belgard 250 Personen; Kreis Flattow 110 Personen; in den Städten Köslin und Stolp leben rd. 300 bzw. 100 Ukrainer.

Wojewodschaft Grünberg: Kreis Glogau 1 050 Personen; Kreis Sprottau 2 200 Personen; Kreis Friedeberg 1 400 Personen; Kreis Schwiebus 1 200 Personen; Kreis Schwerin 750 Personen; Kreis Neusalz 600 Personen; Kreis Landsberg/W. 440 Personen; Kreis Grünberg 620 Personen; Kreis Meseritz 400 Personen; Kreis Fraustadt 250 Personen; Kreis Zielenzig 250 Personen und Kreis Sogau 150 Personen.

Wojewodschaft Breslau: Kreis Lüben 3 770 Personen; Kreis Liegnitz 1 950 Personen; Kreis Neumarkt 1 450 Personen; Kreis Goldberg 1 060 Personen; Kreis Oels 870 Personen; Kreis Ohlau 700 Personen; Kreis Trebnitz 650 Personen; Kreis Guhrau 600 Personen; Kreis Militsch 600 Personen; Kreis Bunzlau 550 Personen; Kreis Wohlau 2 740 Personen; Kreis Jauer 130 Personen; Kreis Strehlen 120 Personen. In Breslau leben 600, in Liegnitz 250 und in Waldenburg 60 Ukrainer.

Nach den Ansiedlungsrichtlinien wurde vermieden, die Ukrainer geschlossen in Dörfern anzusiedeln. Mittlerweile kommt es durch partielle Migrationen vor, daß einzelne Dörfer ausschließlich von Ukrainern besiedelt sind. Immerhin sind dies auch heute noch Einzelfälle. Häufiger ist, daß der Bevölkerungsanteil der Ukrainer in den Dörfern 50 v.H. und mehr erreicht; hiervon gibt es ganze Landstriche, vor allem in den Kreisen Goldap, Braunsberg, Greifenberg, Labes und Wohlau. In der Regel schwankt jedoch der Anteil der Ukrainer an der Bevölkerung der Dörfer, in denen sie angesiedelt wurden, zwischen 5 - 15 v.H. So gibt es heute keine auch nur annähernd geschlossen siedelnde nationale Minderheit der Ukrainer und Lemken.

III. Polnische Nationalitätenpolitik gegenüber den Ukrainern als nationaler Umschichtungsfaktor in Ostmitteleuropa

1. Ukrainisches National- und Heimatbewußtsein im politischen Spannungsfeld

Die Umsiedlung in die Oder-Neiße-Gebiete hätte bei einer richtigen und gerechten Fürsorge für die Ukrainer, die aus einem armen und unterentwickelten Landstrich in agrarisch reiche Gebiete kamen, einen ungeschmälerten wirtschaftlichen und damit auch sozialen Aufstieg bedeuten können. Die Einstellung der polnischen Behörden zu den Ukrainern war jedoch über viele Jahre die Einstellung eines Siegers gegenüber besiegten Feinden, so daß weder die

Möglichkeit noch die innere Bereitschaft seitens der Polen für eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung dieser Menschen gegeben war. Auch die polnische Bevölkerung bezog diese Einstellung, ganz besonders wenn sie aus dem national gemischten ostpolnischen Siedlungsgebiet stammte, was nahezu immer eine ausgeprägte Feindschaft gegenüber den früheren Siedlungsnachbarn zur Folge hatte. Während früher die Polen in Galizien einer geschlossenen Front der zahlenmäßig überlegenen Ukrainer gegenüberstanden, konnten jetzt in der umgekehrten Situation die aufgestauten Ressentiments frei gemacht werden. Dies führte zu vielen Reibungen und bedingte, daß eine Seßhaftigkeit der Ukrainer in den neuen Wohngebieten sich nicht entwickelte. Migrationen, die zu einer Verdichtung der Ukrainer in einigen ihrer neuen Siedlungsgebiete führten, wurden durch solche Bedingungen begünstigt, so daß die verschiedenen amtlichen Absichten und Maßnahmen in Verbindung mit dem Verhalten der polnischen Bevölkerung entgegengesetzte und einander widersprechende Wirkungen zeitigten.

Seitens der PZPR versuchte man bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1952 durch einen Beschluß ihres Politbüros die Frage der Ukrainer erstmals offiziell anzusprechen. Bis dahin wurde behauptet, daß es ein Ukrainer-Problem wegen der Repatriierung der Ukrainer in die Ukrainische SSR nicht mehr gebe. Nun wurde erstmals zugegeben, daß es doch ein echtes Problem der immer noch vorhandenen ukrainischen Minderheit gibt. Für die Ukrainer sei ein eigenes Schulwesen aufzubauen und sie sollten für die Verluste bei ihrer zwangsweisen Umsiedlung entschädigt werden. Diese Entschädigung müsse aber für ihren wirtschaftlichen Start in den Oder-Neiße-Gebieten verwendet werden.

Die Partei-Empfehlungen behielten über Jahre einen rein deklarativen Charakter. Kaum jemand hielt sich an sie. 1955 und 1956 wurde sowohl von der Partei als auch von der Regierung das Ukrainer-Problem und Fragen einer wirtschaftlichen Hilfe für die Ukrainer erneut angeschnitten. Doch auch diese Bestimmungen blieben auf dem Papier. Die Ukrainer wurden nach wie vor diskriminiert. Aus der Erkenntnis, daß auf diese Weise das Problem kaum gelöst werden kann, beschloß das ZK-Sekretariat der PZPR im April 1957, daß solche Ukrainer, die noch keine wirtschaftliche Existenz gefunden hätten, in ihre alte Heimat zurückkehren dürften.

Offensichtlich verdeckte ein Wunschdenken die Realitäten. Dieser Beschluß scheint allein in der Meinung gefaßt worden zu sein, daß die Zahl der Rückkehrwilligen infolge einer bereits fortgeschrittenen wirtschaftlichen Stabilisierung der Mehrzahl gering sein werde. Die Wirklichkeit sah jedoch anders aus.

Die immer wieder politisch, wirtschaftlich und menschlich zurückgesetzten, sich daraufhin in den eigenen Nationalismus flüchtenden Ukrainer, die mit Genugtuung an die Zeiten der UPA-Kämpfe zurückdachten, hingen mit vielen Banden an ihrer Heimat. Die in den Oder-Neiße-Gebieten siedelnden Ukrainer ergriff 1957 eine Rückkehrpsychose²³.

Allein zwischen April 1957 und März 1958 sollen ungefähr 5 000 ukrainische Familien spontan in ihre Heimat zurückgekehrt sein, obgleich sie aus teilweise relativem Wohlstand und geordneten Verhältnissen in ein verwüstetes Gebiet zurückkamen. Da in ihrer Heimat kaum Gebäude vorhanden waren, mußten sie vorerst in Zelten leben. Vielfach war es nötig, den Boden erst zu roden. Viele der zurückkehrenden Menschen konnten ihr früheres Eigentum nicht übernehmen und siedelten völlig von neuem. Die Tatsache jedoch, daß sie in ihre Heimat zurückkehrten, war für sie entscheidender als alles andere. Immerhin betonte der Sekretär der Kommission für Minderheitenfragen beim ZK der PZPR, Sław, daß die zurückkehrende ukrainische Bevölkerung sehr intensiv an die Bodenbearbeitung herangegangen sei. Die Ukrainer und Lemken seien ein Beispiel für die hier angesiedelten Polen geworden²⁴. Andere Quellen sprechen dagegen nur von der Rückkehr einiger weniger Ukrainer, deren Zahl 2 000 Menschen nicht wesentlich überschreiten dürfte²⁵.

Die Verbundenheit zur alten Heimat war jedoch so groß, daß von den 1957 in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden rd. 30 000 ukrainischen Familien insgesamt 11 000 Anträge auf Rückkehr in das Bieszczady-Gebiet registriert worden sind. Sław berichtigt diese durch häufige Doppelzählungen entstandene Zahl auf 8 000 Anträge.

²³ALEKSANDER SŁAW, O kwestii ukraińskiej w Polsce, in: Nowe drogi, Warschau 1958, Jg. XII, H. 8, S. 57.

²⁴ibid., S. 57.

²⁵ANDRZEJ MARYAŃSKI, Problemy ..., a.a.O., S. 98.

Dies bedeutet aber noch immer, daß mehr als 1/4 aller Ukrainer und Lemken nicht in den Oder-Neiße-Gebieten bleiben wollten, obgleich es ihnen zu dieser Zeit bereits durchweg besser als früher im Bieszczady-Gebiet ging²⁶.

Bis zu diesem Zeitpunkt war eine tiefergehende Gewöhnung der ukrainischen Familien an die neue nationale und regionale Umgebung trotz aller Bemühungen von Partei und Regierung offensichtlich noch nicht erfolgt. In welchem Maße allerdings eine Rückkehr auch von der jungen ukrainischen Generation selbst gefordert oder nur aus familiären Gründen akzeptiert wurde, ist, obgleich interessant, nicht festzustellen. Auch die Alterszugehörigkeit der rückkehrwilligen Familienoberhäupter ist unbekannt. Bestimmendes Moment für viele Ukrainer blieb bis in die sechziger Jahre das Gefühl einer Unsicherheit und Vorläufigkeit ihres Lebens in den Oder-Neiße-Gebieten.

2. Polonisierungsbemühungen und ihre Hilfsmittel

Alle Bemühungen der polnischen Nationalitätenpolitik richteten sich darauf, die eine Eingewöhnung erschwerenden nationalen Besonderheiten der Ukrainer zu beseitigen. Damit wurde die noch nicht abgeschlossene nationale Umschichtung im ostmitteleuropäischen Raum von den Polen weiter vorangetrieben, wobei man versuchte, das Problem der nationalen Adaption durch eine regionale Adaption, also eine Anpassung und Einschmelzung der aus unterschiedlichen Regionen des Landes stammenden Menschen, zu überdecken und damit die Erreichung der eigenen nationalitätenpolitischen Ziele zu begünstigen.

In richtiger Einschätzung der nationalen Situation wurden alle Bemühungen auf jüngere Menschen abgestellt. Die Älteren, die häufig durch ausgewanderte Verwandte auch enger Bindungen privater Natur zum Westen besitzen und von den ausländischen Nationalitätenorganisationen zum großen Ärger der offiziellen Minderheitenpolitik umsorgt werden, bewahrten sich ihr Mißtrauen aus der Zeit der Volkstums- und politischen Kämpfe der Vorkriegs- und

²⁶ ALEKSANDER SŁAW, O kwestii ukraińkiej w Polsce, in: Nowe drogi, Warschau 1958, Jg. XII, H. 8, S. 58.

der ersten Nachkriegszeit. Ihre Bereitschaft zur Assimilation ist daher unverhältnismäßig viel geringer als jene der jungen Generation. Im Nationalbewußtsein der Ukrainer ist also eine deutliche Intensitätsgrenze nach Alter und Siedlungsdichte wahrzunehmen. Während die älteren Leute sich noch als "Rusin" oder "Rusnak" bezeichnen, schwindet in der jüngeren Generation, besonders unter Kindern oder in der Jugend, das Gefühl für diese nationale Sonderstellung immer mehr und ist in Gebieten relativ geringer Ukrainerdichte kaum noch vorhanden; man fühlt sich dort als junger Ukrainer bereits dem Polentum verbunden. Trotz aller Ungeduld scheint sich polnischerseits daher immer mehr die Ansicht durchzusetzen, daß das Problem der nationalen Assimilierung weitgehend ein Problem der Generationen und damit der Zeit ist, die für Polen arbeitet.

a) Institutionelle Hilfsmittel

Der Absicht zur Polonisierung sind die vom Staat getragenen und eingerichteten Medien der Nationalitätenpolitik untergeordnet, obgleich gerade mit ihrer Hilfe den Angehörigen der Minderheit das Gefühl vermittelt werden soll, sie dürften über die eigenen Belange mitbestimmen und ihre Eigenart pflegen. Damit werden die nationalitätenpolitischen Medien zu Herrschaftsinstrumenten des Staates gegenüber den Bürgern anderer Nationalität, mit dem Ziel, sie besser und vollkommener in den eigenen Staat und in die eigene nationale Gesellschaft einzugliedern.

Mittelpunkt der Nationalitätenarbeit ist eine Gesellschaft, die bezeichnenderweise nicht in freier Entscheidung der Angehörigen der ukrainischen Volksgruppe, sondern durch Anordnung des Staates entstand: Es ist die 1956 ins Leben gerufene "Ukrainische Sozial-Kulturelle Gesellschaft". Ihren Sitz wählte sie fern den ukrainischen Siedlungsgebieten in Warschau.

Bezeichnend für die Arbeit der trotzdem aus dem einseitigen Interessenbereich von Partei und Staat zugunsten nationaler Interessen verschiedentlich ausgebrochenen Gesellschaft ist, daß sie in den offiziellen Nachschlagewerken der letzten Jahre nicht erwähnt wird. Nach den Gepflogenheiten der polnischen Nationalitätenarbeit bedeutet dies eine öffentliche Maßregelung.

Diese Maßregelung geht vor allem auf eine Überprüfung zurück, der die Gesellschaft im Juni 1961 durch die Nationalitätenkommission des ZK der PZPR unterzogen wurde.

Erst in den beiden letzten Jahren gelang es der Gesellschaft, unmittelbare Beziehungen zur Ukrainischen SSR anzuknüpfen. Man hofft dadurch offensichtlich, den Druck der Polonisierung abzuschwächen.

In ihrer Organisationsstruktur ist die Gesellschaft der heutigen regionalen Zersplitterung der ukrainischen Volksgruppe angepaßt. Der an der Spitze stehenden Hauptverwaltung sind Wojewodschafts-, Kreis- und Ortsleitungen nachgeordnet. Während die Zahl der Wojewodschaftsleitungen seit 1956 mit acht konstant blieb, wurde das Netz der unteren Organisationsgliederungen in den folgenden Jahren beträchtlich erweitert. Die Zahl der Kreisleitungen stieg von 47 im Jahre 1957 auf 78 im letzten offiziellen Berichtsjahr 1961; die Zahl der Ortsorganisationen wuchs im gleichen Zeitraum von 215 auf 269 an. Bemerkenswert ist, daß die organisatorische Entfaltung trotz einer gleichgebliebenen Mitgliederzahl von 11 000 Personen erfolgte. Ende 1963 sollen allerdings nur noch fünf Wojewodschaftsorganisationen mit 30 Kreis- und über 200 Ortsorganisationen bestanden haben, in denen nur noch 5 000 Mitglieder erfaßt sind²⁷. Dies ist vor allem als ein Zeichen fortschreitender nationaler Assimilierung zu werten, also eine Erfolgsbestätigung der polnischen Nationalitätenpolitik.

b) Kulturelle Hilfsmittel

Der Gesellschaft ist die gesamte Betätigung unter den Ukrainern anvertraut. Vor allem wird von ihr die ukrainische Presse unterhalten. Allerdings hat auch die Presse nicht immer die ihr vom Staat aufgetragene "Rolle des Verfechters der politischen Interessen und Rechte der Minderheiten" wahrgenommen, wie Sław bemängelnd schreibt, sondern widersetzte sich den polnischen Bemühungen. Sie erfüllte also ihre vordringliche Aufgabe, Sprachrohr der minderheitenfeindlichen Nationalitätenpolitik Polens gegenüber den Ukrainern zu sein, nur unzulänglich; sie

²⁷ ALEKSANDER SŁAW, O rozwinięcie walki, a.a.O., S. 37.

besann sich vielmehr auf die eigenständigen Interessen des ukrainischen Volkstums²⁸.

Ein Vergleich zwischen der Größe der Volksgruppe, der Mitgliederzahl der Gesellschaft und der Presseauflage ist aufschlußreich. Auch hieraus ist abzulesen, daß sowohl die über die Gesellschaft als auch über die ukrainische Presse entwickelten assimilatorischen Bemühungen vor allem einem begrenzten Kreis jüngerer Menschen gelten. Gerade das Erlebnisbedürfnis einzelner, geistig regsamer Schichten wird gezielt ausgenutzt. Die Polonisierungsbestrebungen werden dabei durch einen äußeren nationalen Anschein der Presse überdeckt.

Während die Presse ihrem Wesen nach für eine nationale Unterwanderung weniger geeignet ist - daher wird sie auch sukzessive eingeschränkt und beschnitten - kommen andere, subtilere und nicht immer öffentliche kulturelle Infiltrationsmittel den polnischen Absichten einer Assimilierung^{weit}/mehr entgegen. Daher wird diese Seite der Tätigkeit der Gesellschaft besonders gefördert. In den Jahren 1958 - 1961 erhöhte die ukrainische Minderheitenorganisation die Zahl ihrer Amateur-Künstlergruppen von 30 auf 62²⁹. Da keine vollständigen Zahlen über diese kulturell-infiltrierende Tätigkeit vorhanden sind, mögen die Verhältnisse der Wojewodschaft Köslin als Beispiel dienen. Mitte 1962 bestanden hier 46 Ortsgruppen. In ihnen waren 1 016 Mitglieder bei einer Stärke der ukrainischen Volksgruppe von 29 000 Personen organisiert. Die Wojewodschaftsorganisation der Gesellschaft betrieb 18 Kunstensembles; ein Jahr früher waren es nur 12. Daneben bestanden 8 Laientheater und 4 Chöre²⁹.

²⁸ Als ukrainische Wochenzeitung in Polen erscheint in einer Auflage von 12.000 Exemplaren "Nasze Słowo". Ihr ist eine regelmäßige Beilage für die Lemken angeschlossen. Zweiwöchentlich wird eine besondere Kinderbeilage und monatlich eine Literaturbeilage ausgeliefert.

²⁹ Zielony sztandar, Warschau, Nr. 67 vom 22. 8. 1962 und Tygodnik demokratyczny, Warschau, Nr. 50 vom 13. + 19. 12. 1961.

c) Das Schulwesen für die Minderheiten

Die Absicht, die Nationalitätenpolitik assimilatorisch auszunutzen, bestimmt auch die Entwicklung des Schulwesens für die Ukrainer. Polnischerseits wird bekräftigt, daß die Minderheitenschulen neben der Pflege der ukrainischen Kultur und Folklore auch die Aufgabe haben, die Jugend "mit der polnischen Kultur zu verbinden und sie vorzubereiten, an dem Aufbau eines besseren Morgens in gemeinsamer Anstrengung mit dem polnischen Volke zu arbeiten"³⁰.

Gegenwärtig gibt es zwei Schultypen für die Ukrainer:

1. Schulen mit ukrainischer Unterrichtssprache als echte Minderheitenschulen und
2. Schulen mit polnischer Unterrichtssprache und zusätzlichem Unterricht in Ukrainisch als Übergangstypus zum rein polnischen Schultyp mit betont assimilatorischer Funktion.

In den Schulen mit ukrainischer Unterrichtssprache sollen vom Schulbeginn an alle Fächer in Ukrainisch unterrichtet werden. Vom zweiten Schuljahr an beginnt der Unterricht der polnischen Sprache als Fremdsprache.

In den Schulen des zweiten Typus wird Ukrainisch nur auf besonderen Wunsch von mindestens sieben Eltern extern und außerhalb der schulischen Lehrverpflichtung, jedoch in Anlehnung an die Schule erteilt. Der Ukrainisch-Unterricht beginnt mit dem zweiten Schuljahr und umfaßt drei Wochenstunden. Er vermittelt nur die einwandfreie Beherrschung der Muttersprache in Wort und Schrift und keine besonderen Kenntnisse.

Diese Einteilung wird bezeichnenderweise nicht strikt eingehalten. Bereits 1961/62 trat besonders im südlichen Ostpreußen ein Mischtypus auf, der in den offiziellen Lehrprogrammen und nationalitätenpolitischen Erklärungen unerwähnt bleibt, sich in der Zwischenzeit aber beträchtlich ausbreitete. Von der V. Klasse an wird auch an den Schulen des ersten Typus nur noch in Polnisch

³⁰ZYGMUNT PARNOWSKI, Oświata, in: Rocznik polityczny i gospodarczy 1959, Warschau 1959, S. 849.

unterrichtet und das Ukrainische wird als Fremdsprache erteilt.

Von der V. Klasse an sind diese Schulen demnach identisch mit den Schulen des zweiten Typus.

In der Schulpraxis ist außerdem festzustellen, daß beide Schultypen ineinander verschmelzen. Auch in den Minderheitenschulen des ersten Typus werden einzelne Fächer nicht in der jeweiligen Muttersprache, sondern in Polnisch erteilt. Die Möglichkeit einer Einräumung solcher Eigenmächtigkeiten an die Lehrer ist für die Beurteilung der offiziellen Nationalitätenpolitik aufschlußreicher als ihre Erklärungen und Verlautbarungen³¹.

Neben der "kalten" Abwürgung echten Minderheitenschulwesens ist auch eine offiziell zugegebene Umstellung auf den zweiten, die Nationale Assimilation betonenden Schultyp festzustellen. Die Entwicklung im ukrainischen Schulwesen, das den assimilationsfreudigen zweiten Schultyp bevorzugt, ist also keineswegs so minderheitenfreundlich, wie die veröffentlichten Zahlen über das Minderheitenschulwesen aller Typen glauben machen möchten; im Gegenteil, sie ist offen minderheitenfeindlich.

Der zahlenmäßige Höhepunkt in der Entwicklung des ukrainischen Minderheitenschulwesens lag im Schuljahr 1957/58 mit 178 Schulen und 2 928 Schülern. Bis zum Schuljahr 1958/59 ging die Zahl der Schulen auf 155 und die der Schüler auf 2 879 zurück. Im Schuljahr 1961/62 war eine Erholung festzustellen; die Zahl der Schulen stieg auf 156, die Schülerzahl auf 3 091 Jugendliche. Eine Analyse dieser Zahlen zeigt aber ihre gleichzeitige Problematik.

Im ersten Schultyp bestanden in den beiden verglichenen Schuljahren 1958/59 und 1961/62 unverändert 9 Schulen, wobei die Zahl der Schüler von 450 auf 535 stieg. Dabei sind die Folgen der erwähnten Verwässerung dieses Typs vom V. Schuljahr an nicht berücksichtigt.

³¹ ALEKSANDER SŁAW, O kwestii ukraińskiej, a.a.O., S. 56; ZYGMUNT PARNOWSKI, a.a.O.; ANDRZEJ KWILECKI II.

Die Zahl der die nationale Assimilation betonenden Schulen des zweiten Typus betrug 1958/59 146 und stieg im Schuljahr 1961/62 auf 147, wobei im gleichen Zeitraum die Schülerzahl von 2 429 auf 2 556 zunahm³². Diese Entwicklung wird als ein "auf längere Sicht zwangsläufiger Prozeß" angesehen, der "bis zu einem gewissen Grade ein Spiegelbild der Integrationsprozesse darstellt, die zusammen mit der ganzen polnischen Gesellschaft auch die nationalen Minoritätengruppen erfassen³³.

d) Soziale Integration und sozialer Aufstieg

Die Assimilation als Vorstufe der Polonisierung wird durch die Teilnahme am sozialen und staatlichen Leben gefördert. Das Bewußtsein der Mitverantwortung in gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Körperschaften ist durchaus dazu geeignet, sich dem anderen Volkstum zu öffnen und anzugleichen. Daher werden im steigenden Maße Mitglieder der ukrainischen Minorität am gesellschaftlichen und staatlichen Leben beteiligt, vor allem jüngere Menschen. In der Wojewodschaft Grünberg sind bei 9.000 Ukrainern immerhin bereits 50 Personen Mitglieder verschiedener Volksräte; dieses Verhältnis gilt als Richtschnur auch für die Beteiligung der Ukrainer am Selbstverwaltungsleben der anderen Wojewodschaften. Man will in Zukunft besonders diese Möglichkeit einer Assimilierung erweitern.

In den jüngeren Schichten ist die assimilatorische und nationalitätenfeindliche Kraft des angestrebten sozialen Aufstiegs nicht unterzubewerten. Sie wird neuerdings auch in Polen gesehen. Sozialer Aufstieg in Verhältnissen, in denen soziale Barrieren gleichzeitig Volkstumsgrenzen darstellen, wird zumeist mit einer Assimilation bezahlt. Schon das Gefühl der gleichartigen Situation aller Gruppen der Gesellschaft im sozialen Mobilitätsprozeß begünstigt eine Assimi-

³²ibid.

³³ANDRZEJ KWILECKI II, S. 98.

lation. Die soziale und staatliche Egalität hilft Volkstumsgrenzen eher zu überwinden. Auch allgemeine und materiell-kulturelle Aufstiegsprozesse, wie sie seit Mitte der fünfziger Jahre besonders im Gange sind, nähern Leitbilder, Wertsysteme, Interessen und Haltungen einander an. Der gesellschaftliche Aufstiegsprozeß ist daher eine wirkungsvolle Waffe der polnischen Nationalitätenpolitik. Von ihm sind auch wieder in erster Linie die jüngeren Menschen betroffen. 1961 haben allein in der Wojewodschaft Grünberg 200 Ukrainer im Alter von 15 bis 19 Jahren weiterführende oder Hochschulen besucht, wobei der Anteil von rd. 22 auf 1 000 Personen der Bevölkerung in einer ländlichen Schicht, wie es die Ukrainer sind, eine so gute Frequenz darstellt, daß nur der Schluß übrigbleibt, sie werde unter nationalitätspolitischen Gesichtspunkten gefördert.

ANDRZEJ KWILECKI, Łaskowie na Ziemi Łopuskiej, 11.10.

IV. Ergebnis

Die polnische Haltung gegenüber den Ukrainern, die aus ihrer Heimat vertrieben und in den Oder-Neiße-Gebieten angesiedelt wurden, strebt mit keiner Maßnahme eine echte Betonung, sondern allein über eine zweckbetonte Nutzung nationalitätenpolitischer Betätigung die Beseitigung der nationalen Verschiedenheiten und die Einschmelzung der Volksgruppe in das polnische Volkstum an. Hierdurch wird die Nationalitätenkarte Ostmitteleuropas durch Polen in zweierlei Hinsicht verändert: einmal durch eine regionale Umschichtung der ukrainischen Volksgruppe und ihre räumliche Verpflanzung in die Oder-Neiße-Gebiete und zum anderen durch die Versuche, die Volksgruppe national umzuformen, also die Ukrainer in einer ersten Phase zu entnationalisieren, um sie dann umso leichter polonisieren zu können. Daß diese Versuche nicht erfolglos sind, zeigt sich vorerst besonders an der Zunahme der Mischehen vor allem in jenen Gebieten, in denen Ukrainer stärker verstreut leben und die Wahrscheinlichkeit einer Ehe zwischen Ukrainern geringer als in Landesteilen mit einer größeren Ukrainer-Dichte ist. In den

besonders von Lemken besiedelten Gebieten entlang der polnischen Westgrenze macht der Anteil der nationalen Mischehen bereits 30 v.H. aus³⁴.

Auch die Schulentwicklung deutet diese Wandlungen an.

Im Westen unbemerkt vollzieht sich damit ein in den ersten Nachkriegsjahren begonnener Prozeß weiter, der eine gewisse Veränderung der bevölkerungsgeographischen und ethnischen Verhältnisse im ostmitteleuropäischen Raum zur Folge hat. Auch hierdurch bleibt infolge tatkräftiger polnischer Mitwirkung immer weniger von jenem Bild Ostmitteleuropas übrig, das heute noch die Vorstellung des Westens von diesem Raum beeinflußt.

³⁴ANDRZEJ KWILECKI, temkowie na Ziemi Lubuskiej, a.a.O.